

MATERNA – seit 25 Jahren erfolgreich

Die MATERNA GmbH kann auf ein Vierteljahrhundert erfolgreiche Unternehmensgeschichte zurückblicken. Das Software-Unternehmen beschäftigt heute über 1.000 Mitarbeiter und ist weltweit aufgestellt. Im Geschäftsjahr 2004 wurde ein Umsatz von 120 Millionen Euro erzielt.

Die Anfänge von MATERNA gehen auf das Jahr 1980 zurück. Damals beschlossen Dr. Winfried Materna, zu dieser Zeit Leiter eines Forschungsprojekts an der Universität Dortmund, und Helmut an de Meulen, Assistent am Dortmunder Lehrstuhl für Informatik, Unternehmen dabei zu unterstützen, die damals weitgehend noch getrennten Welten von PC und Großrechner zu verbinden. Die ersten Aufträge betrafen den Aufbau von Computer-Netzwerken.

Mitte der neunziger Jahre etablierte sich MATERNA mit seinem Unternehmensbereich Information bei deutschen Behörden als Partner für innovative Systemlösungen. Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen hat MATERNA beispielsweise das bundesweite IT-Fachverfahren für die IT-gestützte Zollabwicklung entwickelt. Eines der jüngsten Großprojekte ist die Entwicklung einer Content-Management-Lösung für Bundesbehörden im Rahmen der Regierungsinitiative BundOnline 2005. Das Management komplexer IT-Landschaften entwickelte sich zu einem weiteren Schwerpunkt des Unternehmens. Mittelständische, große Unternehmen und Behörden setzen hierbei auf die Kompetenz von MATERNA.

Weitere Informationen: MATERNA GmbH, Christine Siepe, Telefon (0231) 55 99-168, E-Mail: Christine.Siepe@Materna.de, Internet: www.materna.de/presse.

Friedwart Bruckhaus-Förderpreis 2005/2006

Unter dem Motto »Wiederentdeckung des Gemeinwohls? – Die Verantwortung des Einzelnen in einem freiheitlichen Gemeinwesen« hat die Hanns Martin Schleyer-Stiftung für junge Wissenschaftler und Journalisten einen Wettbewerb um den Friedwart Bruckhaus-Förderpreis 2005/2006 für wissenschaftliche Arbeiten und journalistische Arbeiten ausgeschrieben.

Weitere Informationen: Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bacher Str. 312, 50935 Köln, Internet: <http://www.schleyer-stiftung.de/>.

Mittelbewirtschaftung vollständig Web-basiert

Eine vollständig Web-basierte Mittelbewirtschaftung ermöglicht jetzt die Mach AG. Bislang hatte das Software- und Beratungshaus diese Funktionen im Wesentlichen in der klassischen Client-Server-Technologie realisiert. Die neuen Web Anwendungen werden in der Mittelbewirtschaftung eine vollständige Prozessunterstützung bieten. Zudem erweitert der auf öffentliche Verwaltungen spezialisierte Anbieter den Funktionsumfang in wichtigen Teilprozessen. Realisiert wird eine Web-basierte Belegerfassung für Ein- und Ausgangsrechnungen mit anschließendem Anordnungsmodul zur Prüfung und Anordnung von Belegen. Anordnungen können somit zentral und dezentral erfasst, geprüft und freigegeben werden. Stichproben-basiert kann ein Prüflauf gestartet werden. Die neue Anwendung Web Umbuchungen wird dezentrale Haushaltsumbuchungen ermöglichen, mit der Funktion Web Haushaltsplanänderungen wird die Erfassung von Planänderungen implementiert.

Weitere Informationen: MACH AG Jochen Michels, Wielandstr. 14, 23558 Lübeck, Telefon: (0451) 70647-271, E-Mail: jmi@mach.de, Internet: www.mach.de.

BAT umstellen nach TVöD

Die Umstellung des bisherigen BAT auf den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 1. Oktober 2005 ist die größte Reform des Tarifrechts seit fast fünfzig Jahren. Bis zu diesem Zeitpunkt gelten Überleitungsverträge. Ab sofort ist das gesamte Entgeltsystem für Bund und Kommunen umzustellen. Hierzu ist ein Ratgeber erschienen: Klaus Beckerle, Klaus Hock und Dieter Klapproth: TVöD – Die Überleitungstarifverträge, Rudolf Haufe Verlag, Freiburg, 39,80 Euro, ISBN 3-448-06927.

Modernisierung des Staates

Die Fernuniversität Hagen bietet im Herbst 2005 eine zertifizierbare wissenschaftliche Weiterbildungsmaßnahme im Bereich der Verwaltungsmodernisierung an. Sie richtet sich vor allem an Führungskräfte und Beschäftigte in öffentlichen Verwaltungen, steht aber auch anderen Teilnehmern offen. Vorläufiger Anmeldeschluss ist der 15. August 2005. Das Weiterbildungsangebot besteht aus einem Fernstudienkurs zur »Modernisierung des Staates« sowie einem zweitägigen Weiterbildungsseminar an der Fernuniversität. Beginn: Mitte November 2005. Das Seminar findet am 17./18. November 2005 in Hagen statt. Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen begrenzt. Die Kosten pro Teilnehmer betragen 260 Euro. Zusätzliche Informationen und Zulassungsantrag unter <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/weiterb.htm>.

Anmeldungen: FernUniversität in Hagen z. H. Herrn Wiegard, Dezernat 2, Konkordiastr. 5, 58084 Hagen.

Petitionen im Webzugriff

Der Hessische Landtag geht den eGovernment-Bestrebungen des Landes Hessen mit bestem Beispiel voraus: Seit Januar 2004 ist dort das elektronische Petitionsverfahren der Datagroup GmbH im Einsatz. Es ermöglicht die vollständig elektronische Bearbeitung von Petitionen, die Bürger an den Landtag richten. Seit Mai 2005 sind darüber hinaus auch die Abgeordneten über ein eigenes Webportal an das System angeschlossen. Das Verfahren basiert auf einer Software für die elektronische Aktenbearbeitung und ist bereits seit sechs Jahren sehr erfolgreich auch im Landtag Baden-Württemberg im Einsatz.

Um den Bearbeitungsprozess noch weiter zu optimieren, sind nun auch die Abgeordneten des Petitionsausschusses über ein Internetportal angeschlossen. Bekamen sie früher die Petitionsakten in Papier zugesandt, können sie nun zu jeder beliebigen Zeit und von jedem beliebigen Ort aus über einen Web-Client – in Verbindung mit sicheren VPN-Zugängen – auf die Petitionsakten und Sitzungsinformationen zugreifen.

Weitere Informationen: Sabine Muth, Telefon (7127) 970058, E-Mail: sabine.muth@datagroup.de.

Elektronischer Rechtsverkehr am Bundesverwaltungsgericht

Am 1. Juni 2005 wurde der elektronische Rechtsverkehr vom Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht (VBI) hin zum Bundesverwaltungsgericht nach erfolgreichem dreimonatigen Probelauf als Regelbetrieb aufgenommen. Der elektronische Rechtsverkehr ist eine im Rahmen der e-Government-Initiative Bund-Online 2005 der Bundesregierung entwickelte internetfähige Dienstleistung, die auf eine Modernisierung, Beschleunigung und Effizienzsteigerung von Verfahrensabläufen zielt.

Der VBI vertritt als unabhängiges Organ der Rechtspflege das öffentliche Interesse in Verfahren beim Bundesverwaltungsge-

richt. Seine Aufgabenstellung macht ihn zum zahlenmäßig größten Kommunikationspartner beim Austausch verfahrensbezogener Schriftstücke. Der VBI übermittelt jährlich weit über 2.000 Schriftstücke mit über 10.000 Seiten an das Bundesverwaltungsgericht; den VBI erreichen umgekehrt über 5.000 Schriftstücke mit mehr als 40.000 Seiten.

Die bei der Kommunikation gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass mit diesem Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach eine schnelle, sichere und zuverlässige Kommunikation gewährleistet ist. Die erfolgreiche Nutzung durch den VBI kann Vorbild für andere Behörden und auch Rechtsanwälte sein, die Möglichkeiten des elektronischen Rechtsverkehrs verstärkt zu nutzen.

Rückkopplungssysteme in parlamentarischen Prozessen

Mit den Chancen, die Rechtsetzung mit inzwischen technisch erleichterten elektronischen Rückkopplungssystemen zu verbessern, befasst sich ein soeben erschienenes Buch von Norbert Mittlerer, Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz. Das Werk ist erschienen im Verlag »dissertation.de – Verlag im Internet GmbH«, 10 625 Berlin, Pestalozzistr. 9 (ISBN 3-89825-986-2).

Führungskräfte-Ausbildung

Das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen wird im Jahre 2006 das 9. Executive Seminar für Verwaltungsmanagement durchführen. Es handelt sich um ein ganzjähriges Seminar mit fünf dreitägigen Modulen zu den wichtigsten Inhalten des Verwaltungsmanagements.

Auskunft erteilt: Zvezdana Vuković, Seminarorganisation IDT-HSG, Telefon +41 0171 2242525, E-Mail: zvezdana.vukovic@unisg.ch, Internet: www.idt.unisg.ch.

Finanzausgleich 2005

Unter diesem Titel hat das »KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung« in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund ein Handbuch mit Kommentar zum FAG 2005 herausgegeben. Der Finanzausgleich ist bekanntlich zentrales fiskalisches Steuerungselement eines jeden Bundesstaates. Er bestimmt letztendlich, wie viele Mittel einer Gebietskörperschaft für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, er bedeutet die Einnahmen- und Aufgabenverteilung und damit Ausgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften und sorgt für die gerechte Lastverteilung nach regionalen und lokalen Unterschieden. Der Band gliedert sich in vier Teile: Grundlagen und Entwicklung des Finanzausgleichs in Österreich sowie Kommentar zum FAG 2005, Beiträge zur grundsätzlichen Reform des Finanzausgleichs, Dokumentation von Auftragsstudien zu Finanzausgleichsfragen (2002-2005), Materialien zum Finanzausgleich 2005.

Das Handbuch ist erschienen im NWV – Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien und Graz 2005, ISBN 3-7083-0284-2, 464 Seiten, 48,80 Euro.

2. Speyerer Energieforum

Am 15. und 16. September 2005 findet an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer das 2. Speyerer Energieforum »Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt« statt.

Die Liberalisierungswellen der letzten Jahre haben für die Stadtwerke grundlegende Änderungen der Rahmenbedingungen mit sich gebracht. Führen diese Änderungen zu einer Beschrän-

kung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Stadtwerken oder ergeben sich dadurch mehr Chancen als Risiken? Welche Möglichkeiten bieten sich, eine sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch innovative Unternehmensstrategie zu entwickeln?

Diesen und ähnlichen Fragen widmet sich das Forum, das von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne und Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleitet wird. Weitere Informationen im Internet unter: www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/wbdbdetail.asp?id=237.



AWV-Seminar: Rationalisierungspotenziale in der Inventur

Für die effiziente Gestaltung der Inventur sind neben logistischem Prozess-Wissen und Kenntnissen über zulässige Inventurverfahren und deren Anwendungsvoraussetzungen auch profunde Kenntnisse rechtlicher Natur erforderlich. Rechnungslegungskennnisse nationaler (HGB) und internationaler (IAS/IFRS/US-GAAP) Natur sind dabei genauso erforderlich wie Kenntnisse der aktuellen steuerlichen Rechtsprechung und der in Prüfungsstandards formulierten Anforderungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

Das zweitägige, am 12./13. Oktober 2005 in Frankfurt am Main stattfindende Seminar wird sowohl in rechtlicher als auch in verfahrenstechnischer Hinsicht über das Thema Inventur informieren. Es gibt Einblick in mathematisch-statistische Inventurverfahren und den Umgang mit Wirtschafts- und Steuerprüfern. Abgerundet wird der inhaltliche Teil durch verschiedene Praxisberichte aus Industrie und Handel und einen systemtechnischen Teil (Inventur in einem SAP/R3-System).

Zielgruppe sind sowohl Mitarbeiter kleinerer und mittelständischer Unternehmen als auch Mitarbeiter von global agierenden Großunternehmen. Teilnahmegebühr: 590 Euro für AWV-Mitglieder, für Nichtmitglieder 650 Euro.

Weitere Auskünfte: Jürgen Klocke, Telefon: (06196) 495-379, E-Mail: klocke@awv-net.de, Internet: www.awv-net.de.

Vorschau auf die kommenden Hefte

Helmut Klages: *Entbürokratisierung – Bedingungen einer nachhaltigen Vorgehensweise*

Joachim Lohmann: *Schuldenbegrenzung: Maastricht statt Kreditobergrenze*

Hinrich E. G. Bonin: *Ein Königsweg der Hochschulpolitik – mit Stolpersteinen*

Hans-Josef Bracht: *Budgetierung und Parlament*

Wolfgang Pippke: *Verwaltungsreformen und marktwirtschaftliche Entwicklung in China*

Ralf Daum und Jens Heiling: *Potenziale des Electronic Government für Hochschulen und Studierende*

Erik Peters: *Auditing in Kanada*

Coerw Krüger: *Soziologische Aspekte der Mitarbeiterführung*

Klaus Karwat: *Situation einer kleinen polnischen Gemeinde nach dem EU-Beitritt*

Klaus Wirth: *Innovationsmanagement in der öffentlichen Verwaltung*

Christian Wrage: *Das Projekt Doppik der Freien und Hansestadt Hamburg*